
Observations-Gesetz:

Das Gesetz:

Seit 2018 wurde in der Schweiz ein Gesetz erlassen, dass der Bevölkerung seit 2019 gewisse Überwachungsbefugnisse erlaubt. Die Bevölkerung soll dabei helfen, Sozialversicherungs-Betrüger zu überführen. Als dieses Gesetz erlassen wurde schaltete sich deshalb sogar Den Haag ein. Die Menschenrechts-Kommission hatte Bedenken, dass dies zu einem Überwachungsstaat führen könnte, dass den geltenden Menschenrechts-Gesetzen widerspricht.

Die Schweiz versicherte, dass es im Rahmen bleibt und ausschliesslich darauf beschränkt wird, dass «verdächtige» Personen nur in der Öffentlichkeit fotografiert und gefilmt werden dürfen. Und das von jeder Person die sich dazu berufen fühlt. Jede/r Schweizer Bürger/in darf somit andere in der Öffentlichkeit fotografieren und filmen und dies «Beweise» der Sozialversicherung zukommen lassen. Das Persönlichkeitsrecht wird ausgehebelt. Auch wenn ein/e IV-Rentner/in auf dem Balkon sitzt und sich verdächtig benimmt, darf gefilmt werden.

Vor diesem Gesetz durften das nur ausgebildete Detektive, die von der Versicherung den Auftrag hatten, eine bestimmte Person zu überwachen. Heute darf jeder fürsorgliche Bürger Detektiv spielen.

Gesetzeslose die Unrecht aufdecken sollen:

Wenn nun eine Eingewanderte Person aus der EU in die Situation kommt, dass diese Person in der Schweiz eine Invaliden-Rente beziehen muss und von den Vertrauensärzten der Versicherung als Invalide anerkannt wurde, gibt es in der Bevölkerung Menschen, die etwas dagegen haben. In der Schweiz gibt es nicht wenige, die ihre eignen Methoden haben, um die geltenden Gesetze zu erweitern. Diese Menschen fragen sich dann, ob diese IV-Renten beziehende Person einen Rollstuhl benötigt, oder ob der Rollstuhl zuhause in der Ecke steht. Wie kann herausgefunden werden ob der Rollstuhl nur in der Öffentlichkeit als Show benutzt wird?

Hier werden einige dieser Menschen kreativ. Mithilfe heutiger Technik ist es kein Problem, die Wohnung eines Nachbarn zu überwachen. Für die Observatoren/innen ist das kein Vergehen. Sie sind sich sicher, dass sie moralisch 100% handeln. Sie tun das ja für Ihr Land, und jede Person, die eine IV-Rente bekommt ist verdächtig.

Die meisten sozial schwachen Invaliden-Rentner/innen in der Schweiz wohnen oft in sozialen Brennpunkten einer Stadt. Welche Art von Personen oft auch in solchen Brennpunkten wohnen und leben, ist bekannt. In solchen sozialen Brennpunkten ist zudem der Sozialneid sehr hoch. Einige von diesen Menschen sind der Meinung, dass sie zu wenig bekommen, oder zu viel tun müssen, im Verhältnis zu dem, was z.B. ein IV-Rentner bekommt. Es gibt viele Menschen, die ohne zu zögern bereit sind, die Wohnung eines anderen Menschen zu überwachen. Einige haben bereits Übung darin, z.B. Handys oder W-Lan zu hacken. Auch die Beschaffung entsprechender Überwachungstechnik und Kenntnisse, wie diese benutzt werden, ist meist kein Problem.

Wenn Teile der Bevölkerung der Meinung sind, dass ein/e IV-Rentner/in beobachtet werden sollte, und die Observation in der Öffentlichkeit nicht ausreicht, benötigt es nur Menschen mit ausreichend krimineller Energie in der Nachbarschaft einer Person, die überwacht werden soll. Kriminelle werden dann zu moralischen Detektiven um angebliche Betrüger zu überwachen.

Mit so einem Observation Gesetz im rücken, wird die Schwelle, das Gesetz nach eigenem Gusto zu erweitert, sehr niedrig. Wie soll eine solche verbotene Observation bewiesen werden? Oder erst mal herausgefunden werden? Die Behörden sind dagegen machtlos, oder verschiessen Augen und Ohren. Die Exekutive ist in den sozialen Brennpunkten ohnehin ausgelastet. Da gibt es keine Kapazitäten um dem Verdacht einer illegal Observation nachzugehen. Einzig die Menschenrechtskommission darauf aufmerksam machen wäre eine Möglichkeit.

Das einige Menschen aus der Schweizer Bevölkerung die Gesetz stellenweise selbst in die Hand nehmen um «unbeliebte» Einwanderer los zu werden, ist kein Geheimnis. Nur die Methoden hat noch nie jemand belegbar aufgedeckt. Mit diesem Gesetz, das die Schweiz 2018 erlassen hat, wurde eine rote Linie überschritten und ein Selbstläufer in Gang gesetzt, den weder Behörden noch Gesetzgebende etwas entgegensetzen können. Gerade in sozialen Brennpunkten ist das wie ein Freifahrtschein für noch mehr Kardinalität.

Links zum Thema:

[Offizielles Gesetz](#)
[NZZ - Bericht](#)